Kurs für Mitglieder des Schulrates

Unterlagen 2. Kurstag vom 23. April 2024

Inhaltsverzeichnis

[1 Aufgabenteilung im Kanton Uri 4](#_Toc132813853)

[1.1 Die Aufgaben des Erziehungsrats 4](#_Toc132813854)

[1.2 Die Aufgaben der Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) 6](#_Toc132813855)

[1.3 Die Aufgaben des Schulrats 6](#_Toc132813856)

[1.4 Die Aufgaben der Schulleitung 8](#_Toc132813857)

[1.5 Abgrenzung Aufgaben Schulrat und Schulleitung 11](#_Toc132813858)

[1.6 Zusammenfassung 15](#_Toc132813859)

[1.7 Ein Beispiel für die Aufgabenteilung: Wie gross darf eine Abteilung sein? 16](#_Toc132813860)

[1.8 Neuorganisation der Schulaufsicht 16](#_Toc132813861)

[2 Rechte und Pflichten von Schülern und Eltern 19](#_Toc132813862)

[2.1 Rechte und Pflichten der Eltern 19](#_Toc132813863)

[2.2 Rechte und Pflichten der Schülerinnen und Schüler 20](#_Toc132813864)

[3 Disziplinarmassnahmen 21](#_Toc132813865)

[3.1 Rechtliche Grundlagen 21](#_Toc132813866)

[3.2 Verfahren bei der Anordnung Disziplinarmassnahmen durch den Schulrat 22](#_Toc132813867)

[3.3 Ablaufverfahren bei Disziplinschwierigkeiten 24](#_Toc132813868)

[4 Urlaub und Absenzen 25](#_Toc132813869)

**Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen**

[Abbildung 1 Aufgabenteilung - Übersicht 15](#_Toc507580909)

[Abbildung 2 Standortgespräch 18](#_Toc507580910)

[Tabelle 1 Aufgabenteilung Schulrat (SR) - Schulleitung (SL) nach Gesetz 12](#_Toc132813871)

[Tabelle 2 Aufgabenteilung Schulrat (SR) - Schulleitung (SL) nach Schulverordnung 13](#_Toc132813872)

# Aufgabenteilung im Kanton Uri

## Die Aufgaben des Erziehungsrats

Allgemein -

Aufsichtsfunktion

Der Erziehungsrat wird vom Landrat gewählt. Die Aufgaben des Erziehungsrats sind in Artikel 100 der Kantonsverfassung (RB 1.1101) grundsätzlich festgehalten:

***Artikel 100*** *Der Erziehungsrat*

*1 Der Erziehungsrat übt im Rahmen der Gesetzgebung die unmittelbare Aufsicht über das gesamte Schul- und Erziehungswesen aus.*

*2 Der Erziehungsrat besteht aus dem Präsidenten, dem Vizepräsidenten und fünf bis sieben Mitgliedern. Der Erziehungsdirektor amtet als Präsident.*

Verteilt über das Bildungsgesetz (RB 10.1111) und die Schulverordnung werden dem Erziehungsrat Aufgaben zugewiesen. Grundsätzlich lassen sich drei Bereiche unterscheiden:

1. Aufsicht (siehe oben)
2. Rechtsetzung: Kompetenz zum Erlass von Reglementen, Richtlinien
und Weisungen
3. Erteilen von Bewilligungen und Festsetzen von Rahmenbedingungen
4. Beschwerdeinstanz

Aufgaben im Bereich der Rechtsetzung

In folgenden Bereichen ist der Erziehungsrat nach Bildungsgesetz (BilG) oder Schulverordnung (SchV) verpflichtet, verbindliche Vorschriften zu erlassen:

* Der Erziehungsrat erlässt ein Reglement über die Beurteilung, die Promotion, den Übertritt der Schülerinnen und Schüler an die Sekundarstufe I und den Wechsel innerhalb derselben. (Artikel 27, SchV)
* Der Erziehungsrat erlässt Richtlinien zu den Fördermassnahmen und zur Sonderschulung. (Artikel 8 Absatz 4 SchV)
* Der Erziehungsrat erlässt Richtlinien über die Schülerzahlen von Fachabteilungen und von Wahlfächern. (Artikel 14 SchV)
* Der Erziehungsrat erlässt Richtlinien, wie die Entschädigung zwischen einzelnen Gemeinden zu regeln ist, wenn die Schulpflicht nicht an jenem Ort erfüllt wird, wo sich das Kind aufhält. (Artikel 18 SchV)
* Der Erziehungsrat erlässt nähere Bestimmungen zu den Absenzen (Artikel 24 SchV) und zur Beurlaubung. (Artikel 25 SchV)
* Der Erziehungsrat erlässt Ausführungsbestimmungen zum Schulmedizinischen Dienst. (Artikel 29g SchV)
* Der Erziehungsrat erlässt Vorschriften zur Fort- und Weiterbildung der Lehrpersonen (Artikel 41) und zur Beratung der Lehrpersonen. (Artikel 42 SchV)
* Der Erziehungsrat erlässt nähere Vorschriften über die Schulleitung. (Artikel 44 Absatz 4 SchV)
* Der Erziehungsrat erlässt Vorschriften über die kantonale Schulaufsicht. (Artikel 49 Absatz 3 SchV)
* Der Erziehungsrat erlässt nähere Vorschriften zur externen Evaluation. (Artikel 49a Absatz 3 SchV)

nicht verpflichtend, sondern als Kann-Formulierung:

* Der Erziehungsrat kann ergänzende Vorschriften zu den Disziplinarmassnahmen erlassen. (Artikel 35 SchV)
* Der Erziehungsrat erlässt den Amtsauftrag. (Artikel 40 SchV)

Weitere Kompetenzen

* Der Erziehungsrat ist vor wichtigen Entscheidungen von der BKD und vom Regierungsrat anzuhören. (Artikel 60 BilG)
* Der Erziehungsrat kann allgemeine Weisungen erteilen. (Artikel 48 SchV)
* Er erteilt die Bewilligung zur Führung von Privatschulen auf Volksschulstufe. (Artikel 6, BilG)
* Der Erziehungsrat erlässt die Lehrpläne und die Stundentafel. (Artikel 60, BilG)
* Der Erziehungsrat bestimmt, welche Lehrmittel im Unterricht der Volksschule zu verwenden sind. (Artikel 60, BilG)
* Der Erziehungsrat bewilligt im Einvernehmen mit den betreffenden Schulbehörden zeitlich befristete Schulversuche. (Artikel 60, BilG)
* Der Erziehungsrat entscheidet, ob das Schulangebot einer Gemeinde genügend ist. (Artikel 2, SchV)
* Der Erziehungsrat kann anstelle eines Vollzeit- das Führen eines Teilzeitkindergartens bewilligen. (Artikel 5, SchV)
* Der Erziehungsrat erteilt die Bewilligung für die heilpädagogischen Schulungsformen (Artikel 9 SchV) und das Führen von Einführungsklassen. (Artikel 10 SchV)
* Der Erziehungsrat entscheidet über die Tragbarkeit von Abteilungen, welche die Maximalzahl überschreiten. (Artikel 14 SchV)
* Der Erziehungsrat erlässt einen Rahmenplan für das Schuljahr und die Schulferien. (Artikel 20 SchV)
* Der Erziehungsrat legt die minimale wöchentliche Schulzeit fest. (Artikel 22 SchV)
* Der Erziehungsrat bestimmt, welche Lehrdiplome und Studienabschlüsse für den Unterricht an der Volksschule anerkannt werden. (Artikel 36 SchV)

Rechtsmittelweg

Nach Artikel 66 des BilG können Verfügungen des Schulrates und der Schulaufsicht Verwaltungsbeschwerde beim Erziehungsrat angefochten werden und gegen Beschwerdeentscheide des Erziehungsrates kann beim Obergericht Verwaltungsgerichtsbeschwerde erhoben werden.

Der Erziehungsrat ist somit Beschwerdeinstanz für alle Verfügungen des Schulrates. Vorbehalten ist der Rechtsweg für personalrechtliche Verfügungen.

## Die Aufgaben der Bildungs- und Kulturdirektion (BKD)

Die Aufgaben der Direktion nach
Bildungsgesetzgebung

*«Der Regierungsrat übt die Oberaufsicht über das gesamte Schul- und Erziehungswesen im Kanton aus.»* (Artikel 57 BilG)

Die BKD hat nach Bildungsgesetz (RB 10.1111) folgende Aufgaben wahrzunehmen:

***Artikel 58*** *Zuständige Direktion*

*1 Die zuständige Direktion leitet das gesamte Schul- und Bildungswesen des Kantons.*

*2 Sie hat:*

1. *für die Planung und Koordination im Schul- und Bildungsbereich zu sorgen;*
2. *die vom Regierungsrat und Erziehungsrat erlassenen Beschlüsse zu vollziehen und*
3. *die Lehrbewilligung für den Schuldienst an den Volksschulen zu erteilen und zu entziehen.*

Die Bildungs- und Kulturdirektion (BKD) ist zuständig für die Ausrichtung der Beiträge an die Gemeinden.

Die Rolle der

Schulaufsicht

Artikel 61 des BilG legt fest, dass eine Schulaufsicht die Einhaltung der kantonalen Vorgaben überwacht. Diese Aufgabe wird von der BKD wahrgenommen (Artikel 49 SchV). Sie sind das eigentliche Organ für den Vollzug der Beschlüsse des Erziehungsrates, die Prüfung und Beaufsichtigung des Schulwesens. Innerhalb der BKD ist es das Amt für Volksschulen, das für die Aufsicht über die Volksschulen zuständig ist (siehe dazu auch Kapitel 1.8).

Rolle des Schulpsychologischen Dienstes (SPD)

Nach Artikel 31 des BilG führt der Kanton einen Schulpsychologischen Dienst, der den Schulbehörden, Schulleitungen, Lehrpersonen, Eltern sowie Lernenden zur Verfügung steht. In vielen Fällen (siehe Tabelle 1 und 2) ist ein Gutachten des SPD notwendig, bevor der Schulrat einen Entscheid fällt. Der SPD hat neben der Gutachter- und Beraterfunktion heute auch eine wichtige Aufgabe als Krisenmanager.

## Die Aufgaben des Schulrats

*Zur* *Gemeindeautonomie*: Im Rahmen der Verfassung und der Gesetzgebung sind die Gemeinden befugt, sich selber zu organisieren, ihre Behörden und Beamten zu wählen, ihre Aufgaben nach eigenem Ermessen zu erfüllen und ihre öffentlichen Sachen selbständig zu verwalten. (KV Artikel 106)

Oberstes Gemeindeorgan ist die Gemeindeversammlung. (KV Artikel 108)

Jede Gemeinde hat einen Gemeinderat, jede Kirchgemeinde einen Kirchenrat und jede Ortsbürgergemeinde einen Ortsbürgerrat zu wählen. Für besondere Aufgaben *können* weitere Behörden, insbesondere ein *Schulrat* und ein Fürsorgerat, gewählt werden. Die Gemeinde wäre demnach eigentlich nicht verpflichtet, einen eigenen Schulrat zu wählen.

Auch die Bildungsgesetzgebung betont die Gemeindeautonomie. Die Entscheidungen sollen dort gefällt werden, wo die Kompetenz sachgerecht am ehesten gewährleistet ist. Die Bildungsgesetzgebung gibt den Rahmen dazu. Autonom entscheiden heisst auch, Verantwortung zu übernehmen. Die Situation hat sich mit der Umsetzung des NFA (Neuer Finanzausgleich) wesentlich verändert. Vor dem Inkrafttreten des NFA (1. Januar 2008) richtete der Kanton für die verschiedensten Massnahmen (Lehrerbesoldung, Schulärztlicher und Schulzahnärztlicher Dienst, Transport und Verpflegung etc.) Beiträge aus. Diese Beiträge waren immer an Bedingungen geknüpft und der Kanton bestimmte damit auch den zu garantierenden Mindeststandard. Mit NFA fielen diese Beiträge weg und an deren Stelle wurde ein Pauschalbeitrag pro Schülerin und Schüler eingeführt.

Verankert ist der Schulrat zunächst im Gemeindegesetz (RB 1.1111; GEG):

***Artikel 25*** *Zusammensetzung*

*Sofern die Gemeinde einen Schulrat einsetzt, gilt Folgendes:*

*a) Der Schulrat besteht aus dem Präsidium und mindestens vier weiteren Mitgliedern.*

*b) Die Gemeindeordnung bestimmt die Zahl der Mitglieder und die Konstituierung des
 Schulrats.*

***Artikel 26*** *Aufgaben*

*1 Die Aufgaben des Schulrats richten sich nach der besonderen Gesetzgebung.*

*2 Besteht kein Schulrat und bestimmt die Gemeindeordnung nichts anderes, übernimmt der Gemeinderat diese Aufgabe.*

Entscheidend sind hernach Artikel 58 und 59 des Schulgesetzes (RB 10.1111)

***Artikel 58*** *Schulrat a) Wahl und Zusammensetzung*

*Wahl und Zusammensetzung des Schulrates richten sich im Rahmen der Kantonsverfassung1) nach der Gemeindesatzung.*

***Artikel 59*** *b) Zuständigkeiten*

*1 Soweit die Gemeindesatzung diese Aufgabe nicht einem andern Organ überträgt, hat der Schulrat namentlich:*

*a) die Verantwortung für die Leitung des Schulwesens in der Gemeinde wahrzunehmen;*

*b) die Aufträge der Gemeindeversammlung und der kantonalen Behörden im Schulwesen zu vollziehen;*

*c) die Lehrpersonen und die allfällige Schulleitung zu wählen;*

*d) die Geschäfte der Gemeindeversammlung über das Schulwesen vorzubereiten und zu vertreten;*

*e) die Amtsführung der Lehrpersonen, der Schulleitung und des Personals der Schulverwaltung zu beaufsichtigen;*

*f) die Erfüllung der Schulpflicht zu beaufsichtigen;*

*g) die Bewilligung für den Besuch von Privatunterricht an Schulpflichtige zu erteilen;*

*h) für die Durchführung und Koordination der Schuldienste zu sorgen und die gemeindlichen Schuldienste zu beaufsichtigen;*

*i) die dem Schulwesen dienenden Bauten, Anlagen und Einrichtungen zu verwalten.*

*2 Der Schulrat ist für alle Entscheide zuständig, die im Schul- und Erziehungswesen den Gemeinden übertragen sind, sofern für die Erfüllung dieser Aufgabe nicht ausdrücklich eine andere Instanz als zuständig erklärt wird.*

Der Schulrat hat das *Schulwesen in der Gemeinde zu leiten*. Der Schulrat ist für *alle Entscheide zuständig*, die im *Schul- und* *Erziehungswesen den Gemeinden übertragen* sind, sofern für die Erfüllung dieser Aufgabe nicht ausdrücklich eine andere Instanz als zuständig erklärt wird.

Auf den ersten Blick könnte man meinen, dieser zitierte Artikel widerspreche der Kantonsverfassung, wenn es dort in Artikel 109 heisst: «Soweit weder die Verfassung noch die Gesetzgebung etwas anderes bestimmt, ist der Gemeinderat beziehungsweise der Kirchenrat oder der Ortsbürgerrat zuständig, für die Gemeinde zu handeln.» - Im vorliegenden Fall bestimmt aber die Gesetzgebung (hier Bildungsgesetz) klar, dass im Schul- und Erziehungswesen die Zuständigkeit beim Schulrat liegt.

## Die Aufgaben der Schulleitung

Auf das Schuljahr 2003/2004 sind im Kanton Uri Gemeinden mit mehr als acht Schulabteilungen verpflichtet worden, eine pädagogische Schulleitung zu wählen. Mit Beschluss vom 14. Juni 2006 hat der Landrat des Kantons Uri im Zusammenhang mit der Einführung eines Qualitätsentwicklungssystems an den Urner Volksschulen alle Schulen verpflichtet, bis 2011 eine Schulleitung zu wählen.

Schulleitungen sind Voraussetzung dafür, dass Schulen als teilautonome mit eigenem Profil gebildet werden können. Die Einführung von Schulleitungen stellt das wichtigste Element des neuen Schulgesetzes von 1997 dar. Die Einführung von Schulleitungen verändert die Rollen von Lehrpersonen und Schulrat. Zwischen sie kommt die Schulleiterin oder der Schulleiter.

Die Aufgaben von Schulleiterinnen und Schulleitern mit dem organisatorischen und pädagogischen Gestaltungsraum sind neu und komplex. Da in der Volksschule im Schulleitungsbereich noch auf wenig Erfahrung zurückgegriffen werden kann, muss auch nicht alles bis ins letzte Detail im Voraus geplant werden. Erst in der Umsetzung und in der täglichen Arbeit werden bestimmte Dinge klarer und verständlicher. Erfahrung ist ein zentrales Element der Führungsarbeit. Neben dem spezifischen Fachwissen für die Führungsarbeit, macht erst die Verknüpfung mit dem Erfahrungswissen die Schulleitungsverantwortlichen zu Expertinnen und Experten.

Daraus ist ersichtlich, dass die Einführung einen Prozess darstellt. Der Kanton gibt minimale Vorgaben.

Folgende rechtliche Grundlagen sind zu beachten:

* Schulverordnung (insbesondere Artikel 44)
* Reglement über die Schulleitung (RB 10.1447)

Die Schulleitung wird vom jeweiligen Schulrat gewählt (Art. 54, BilG). Die grundsätzlichen Aufgaben sind - wenn auch nicht sehr konkret - in Artikel 44 der Schulverordnung festgehalten:

***Artikel 44*** *Pädagogische Schulleitung*

*1Der Schulrat wählt eine Schulleitung.*

*2Mehrere Gemeinden können gemeinsam eine Schulleitung einsetzen.*

***Übergangsbestimmung***

*In Gemeinden mit weniger als neun Schulabteilungen hat der Schulrat die Schulleitung spätestens auf den 1. August 2010 einzusetzen.*

*3Die Schulleitung trägt die Verantwortung, dass die Schule ihren fachlichen und erzieherischen Auftrag erfüllt. Sie arbeitet dabei mit dem Schulrat und der Lehrerschaft, insbesondere im Rahmen von Lehrerkonferenzen, zusammen.*

*4In diesem Rahmen bestimmt der Schulrat die Zusammensetzung, die Zuständigkeiten und die Aufgaben der Schulleitung. Er hat der Schulleitung die notwendige Zeit einzuräumen, um ihre Aufgaben zu erfüllen. Dieser Zeitbedarf gilt als Arbeitszeit.*

*5Der Erziehungsrat erlässt nähere Vorschriften über die Schulleitung.*

Weiter weist die Schulverordnung (RB 10.1115) in Artikel 39 der Schulleitung die Aufgabe zu, die **Schulführung der Lehrpersonen beurteilen** zu müssen.

Das Reglement über die Schulleitung (RB 10.1447) hält folgende Aufgaben fest:

***Artikel 3*** *Aufgaben*

*1Die Schulleitung trägt die Verantwortung, dass die Schule ihren fachlichen und erzieherischen Auftrag erfüllt. Sie ist für die organisatorischen, administrativen, pädagogischen und personellen Belange der Schule verantwortlich, sofern dafür nicht ausdrücklich eine andere Behörde als zuständig erklärt wird.*

*2Insbesondere hat die Schulleitung:*

1. *unter Einbezug des Schulteams das Leitbild für die Schule und das Schulprogramm zu erarbeiten und für deren Umsetzung zu sorgen;*
2. *für die Umsetzung von schulischen Projekten und Schulversuchen zu sorgen;*
3. *die Qualität der Schule und ihrer Arbeit zu überprüfen und zu sichern;*
4. *die schulinterne Weiterbildung zu planen;*
5. *die Zusammenarbeit mit den an der Schule beteiligten Behörden und Personen zu fördern;*
6. *das Schuljahr zu planen und zu organisieren (Zuteilung der Klassen und Pensen, Stundenpläne, Schulanlässe und Schulagenda);*
7. *Sitzungen einzuberufen und zu leiten;*
8. *administrative Aufgaben zu erledigen;*
9. *zuhanden von Schulrat, Schulaufsicht und Öffentlichkeit den Jahresbericht der Schule zu erstellen;*
10. *die Verantwortung für die Personalführung und Personalbeurteilung der Lehrpersonen zu tragen;*
11. *die individuelle Weiterbildung der Lehrpersonen zu bewilligen.*

*3Über die Zuteilung der Aufgaben im Einzelnen entscheidet der Schulrat (Stellenbeschreibung und Funktionsdiagramm).*

Anforderungen an eine Schulleitung

Folgende persönlichen Voraussetzungen sollten bei Personen gegeben sein, die für die pädagogische Schulleitung angestellt werden:

* Bildungspolitisches Interesse
* Intellektuelle Fähigkeiten
* Berufliche und ausserschulische Erfahrungen
* Kenntnisse (in Gruppendynamik und Organisationsentwicklung, in pädagogischen und didaktischen Fragen, über schulorganisatorische Zusammenhänge, über Strukturen, Probleme des Quartiers bzw. der Gemeinde)
* Kompetenzen bezüglich Menschenführung (Einfühlungsvermögen, Gesprächsführung und -leitung, Verhandlungsgeschick)
* Überblick und Zielstrebigkeit (Ziele und Prioritäten setzen, planen, geeignete Strukturen schaffen)
* Offenheit (Freude am Kontakt mit Menschen und am Verändern, Neugierde)
* Sachbezogenheit und ein bewusster Umgang mit Macht (die Macht teilen wollen, Verantwortung abgeben, Transparenz schaffen)
* Eigenständig stehen können (den eigenen Weg, den eigenen Stil suchen, sich selber etwas zutrauen)
* Abgrenzungs- und Regenerationsfähigkeit (Distanz schaffen können, auch andere nicht schulbezogene Interessen pflegen, gesellige Formen des Zusammenseins nutzen, Aufgaben delegieren können)
* Bereitschaft zur eigenen Fortbildung, zu Supervision, Persönlichkeitsentwicklung, Selbsterfahrung
* Administrative Fähigkeiten

Dies zeigt auf, dass auch an die Ausbildung Anforderungen zu stellen sind. Artikel 2 Absatz 2 des Reglements über die pädagogische Schulleitung hält fest:

*2In fachlicher Hinsicht verfügt die Bewerberin oder der Bewerber in der Regel über:*

1. *Berufserfahrung im pädagogischen Bereich;*
2. *eine besondere Ausbildung für die Schulleitung;*
3. *die Zulassungsvoraussetzungen zum Schuldienst.*

In der Schweiz sind mehrere Ausbildungsstätten vorhanden. Sie sind alle in etwa vergleichbar. Anerkannt sind alle Ausbildungen, die an Ausbildungsstätten absolviert wurden, die sich über die EDK-Akkreditierung ausweisen können.

Eine Ausbildung wird auch an der Pädagogischen Hochschule Luzern organisiert.

## Abgrenzung Aufgaben Schulrat und Schulleitung

Mit Beschluss vom 23. Januar 2013 hat der Landrat die Kompetenzen zwischen Schulleitung und Schulrat neu geregelt. Die Änderungen sind auf den 1. August 2013 in Kraft getreten. Es betrifft dies folgende Änderungen:

* Die Aufnahme in den Kindergarten muss nicht mehr zwingend durch den Schulrat organisiert werden.
* Die Bewilligung von Förderungsunterricht und von Massnahmen im Bereich der Begabtenförderung erfolgt nicht mehr durch den Schulrat, sondern im Rahmen der verfügbaren Mittel durch die Schulleitung.
* Die Schulleitungen und nicht mehr der Schulrat sind für die Korrektheit der Stundenpläne verantwortlich. Ebenso sorgt die Schulleitung anstelle des Schulrats dafür, dass die Schule mit den obligatorischen Lehrmitteln ausgestattet ist.
* Die Schulleitung sorgt in Ergänzung zum Schulrat ebenfalls dafür, dass die Eltern alle Informationen erhalten, die sie benötigen, um ihre elterlichen Rechte und Pflichten wahrnehmen zu können.
* Die Schulleitung kann als Disziplinarmassnahme eine schriftliche Verwarnung zuhanden der Eltern und eine Androhung eines Antrags an den Schulrat für das Ergreifen weiterer Disziplinarmassnahmen aussprechen.
* Die Wahl der Lehrpersonen durch den Schulrat erfolgt neu auf Antrag der Schulleitung. Weiter kann der Schulrat die Anstellungskompetenz für befristete Anstellungsverhältnisse (so genannte Stellvertretungen) von bis und mit fünf Monaten an die Schulleitung delegieren.

Die nachstehenden Tabelle 1 und Tabelle 2 geben einen Überblick über die Aufgaben im Detail:

Tabelle 1 Aufgabenteilung Schulrat (SR) - Schulleitung (SL) nach Gesetz

| **Aufgaben** | **SR** | **SL** | **Lehrer/in** | **Weitere** |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Organisation der Aufnahme in den Kindergarten | V[[1]](#footnote-1) |  |  | Delegation möglich |
| Zuweisung in heilpädagogische Schulungsformen | V |  |  | Eltern, SPD |
| Zuweisung in Einführungsklasse | V |  |  | Eltern, Kindergartenlehrperson, SPD |
| Bewilligung Förderungsunterricht |  | V |  | Lehrperson, SPD |
| Bewilligung Begabtenförderung |  | V |  | Eltern, Lehrperson, SPD |
| Bewilligung, bzw. Anordnung von Privatschulunterricht  | V |  |  |  |
| Festlegen von Schuljahr und Schulferien | V |  |  | Rahmenplan,Lehrpersonen |
| Beurlaubung von Schülerinnen und Schülern von mehr als sechs Schulhalbtagen | V |  |  | Delegation an SL möglich |
| Beschluss ob Selbstdispensation eingeführt wird | V |  |  |  |
| Überprüfen und Genehmigen der Stundenpläne |  | V |  |  |
| Dafür sorgen, dass die Schule mit den obligatorischen Lehrmitteln ausgerüstet ist |  | V |  |  |
| Informationspflicht gegenüber den Eltern | V | V | V |  |
| Anordnung folgender Disziplinarmassnahmen:1. Verweis
2. Zeitweiser Ausschluss von der Schule
3. endgültiger Ausschluss aus der Schule
 | V |  |  |  |
| 1. schriftliche Verwarnung zuhanden der Eltern
2. Androhung eines Antrags an den Schulrat, eine weitere Disziplinarmassnahme zu treffen
 |  | V |  |  |
| Anordnen der übrigen Disziplinarmassnahmen (Art. 35) |  |  | V |  |
| Anstellung der Lehrpersonen | V | A |  |  |
| mindestens einen Schulbesuch oder Austausch mit den Lehrpersonen pro Jahr durchführen | V |  |  |  |
| Eine Konferenz mit den Lehrpersonen durchführen | V |  |  |  |
| Bestimmung der Zusammensetzung, Zuständigkeiten und Aufgaben der Schulleitung | V |  |  |  |
| Beurteilung der Schulführung der Lehrpersonen |  | V |  | +Schul-inspektorat |
| Erfüllung des fachlichen und erzieherischen Auftrages der Schule |  | V |  |  |
| Antrag für Einführungsklasse stellen |  |  | V | SPD |
| Antrag für Förderungsunterricht stellen |  |  | V | SPD |
| Antrag für Begabtenförderung stellen |  |  | V | SPD |
| Kontrolle über Absenzen und Beurlaubungen führen |  |  | V |  |
| Meldung von unentschuldigten Absenzen |  |  | V |  |
| Bewilligung Beurlaubung bis zu 6 Schulhalbtage |  |  | V |  |
| Erstellen der Stundenpläne |  |  | V |  |
| Führung von Einzelgesprächen mit den Eltern |  |  | V |  |
| Mitspracherecht der Lehrpersonen | V | V |  |  |

Tabelle 2 Aufgabenteilung Schulrat (SR) - Schulleitung (SL) nach Schulverordnung

| **Aufgaben** | **SR** | **SL** | **Lehrer/in** | **Weitere** |
| --- | --- | --- | --- | --- |
| Organisation der Aufnahme in den Kindergarten (Art. 5) | V[[2]](#footnote-2) |  |  | Delegation möglich |
| Zuweisung in heilpädagogische Schulungsformen (Art. 9) | V |  |  | Eltern, SPD |
| Zuweisung in Einführungsklasse (Art. 10) | V |  |  | Eltern, Kindergartenlehrperson, SPD |
| Bewilligung Förderungsunterricht (Art. 11) |  | V |  | Lehrperson, SPD |
| Bewilligung Begabtenförderung (Art. 12) |  | V |  | Eltern, Lehrperson, SPD |
| Bewilligung, bzw. Anordnung von Privatschulunterricht (Art. 17) | V |  |  |  |
| Festlegen von Schuljahr und Schulferien (Art. 20) | V |  |  | Rahmenplan,Lehrpersonen |
| Beurlaubung von Schülerinnen und Schülern von mehr als sechs Schulhalbtagen (Art. 25) | V |  |  | Delegation an SL möglich |
| Beschluss ob Selbstdispensation eingeführt wird (Art. 25) | V |  |  |  |
| Überprüfen und Genehmigen der Stundenpläne (Art. 26) |  | V |  |  |
| Dafür sorgen, dass die Schule mit den obligatorischen Lehrmitteln ausgerüstet ist (Art. 28) |  | V |  |  |
| Informationspflicht gegenüber den Eltern (Art. 30) | V | V | V |  |
| Anordnung folgender Disziplinarmassnahmen: (Art. 35)1. Verweis
2. Zeitweiser Ausschluss von der Schule
3. endgültiger Ausschluss aus der Schule
 | V |  |  |  |
| 1. schriftliche Verwarnung zuhanden der Eltern
2. Androhung eines Antrags an den Schulrat, eine weitere Disziplinarmassnahme zu treffen
 |  | V |  |  |
| Anordnen der übrigen Disziplinarmassnahmen (Art. 30) |  |  | V |  |
| mindestens einen Schulbesuch oder Austausch mit den Lehrpersonen pro Jahr durchführen (Art. 43) | V |  |  |  |
| Eine Konferenz mit den Lehrpersonen durchführen (Art. 43) | V |  |  |  |
| Bestimmung der Zusammensetzung, Zuständigkeiten und Aufgaben der Schulleitung (Art. 44) | V |  |  |  |
| Beurteilung der Schulführung der Lehrpersonen (Art. 39) |  | V |  |  |
| Erfüllung des fachlichen und erzieherischen Auftrages der Schule (Art. 44) |  | V |  |  |
| Antrag für Einführungsklasse stellen (Art. 10) |  |  | V | SPD |
| Antrag für Förderungsunterricht stellen (Art. 11) |  |  | V | SPD |
| Antrag für Begabtenförderung stellen (Art. 12) |  |  | V | SPD |
| Kontrolle über Absenzen (Art. 24) und Beurlaubungen (Art. 25) führen |  |  | V |  |
| Meldung von unentschuldigten Absenzen (Art. 24) |  |  | V |  |
| Bewilligung Beurlaubung bis zu 6 Schulhalbtage (Art. 25) |  |  | V |  |
| Erstellen der Stundenpläne (Art. 26) |  |  | V |  |
| Führung von Einzelgesprächen mit den Eltern (Art. 30) |  |  | V |  |
| Mitspracherecht der Lehrpersonen nach Artikel 39 | V | V |  |  |

## Zusammenfassung

Die Aufgabenteilung von Erziehungsrat, Bildungs- und Kulturdirektion und Schulrat lässt sich grob wie folgt zusammenfassen:

* Der Erziehungsrat ist zuständig, Ausführungsbestimmungen zu erlassen, sei es in Form von Reglementen (begründen Rechte und Pflichten) oder von Richtlinien oder Weisungen (verbindlich für Behörden). Zudem übt er die unmittelbare Aufsicht über das Schul- und Erziehungswesen aus. In diesem Sinne kann er, wenn er den Eindruck hat etwas funktioniere nicht richtig, allgemeine Weisungen erlassen gegenüber den Schulbehörden der Gemeinden. Weiter ist der Erziehungsrat zuständig, eine Reihe von Bewilligungen zu erteilen.
* Die Bildungs- und Kulturdirektion hat die Beschlüsse des Erziehungsrats zu vollziehen. Sie erteilt oder entzieht die Lehrbewilligungen für die Lehrpersonen. Sie ist zuständig für Planung und Koordination.
* Das Amt für Volksschulen ist das ausführende Organ des Erziehungsrats für die Aufsicht.
* Der Schulpsychologische Dienst (SPD) hat eine Beratungs- und Gutachterfunktion.
* Der Schulrat trägt die Verantwortung für den Schulbetrieb vor Ort.

Die nachstehende Abbildung 1 zeigt die Aufgabenteilung in der Übersicht:

Abbildung 1 Aufgabenteilung - Übersicht



## Ein Beispiel für die Aufgabenteilung: Wie gross darf eine Abteilung sein?

In Artikel 14 der Schulverordnung werden die maximalen Schülerzahlen für die Grösse einer Abteilung definiert. Es gelten folgende Werte:

*Kindergartenstufe 22*

*Primarstufe*

*einklassige Abteilungen 24*

*zweiklassige Abteilungen 22*

*mehrklassige Abteilungen 18*

*Gesamtschulen 16*

*Sekundarstufe I*

*einklassige Abteilungen 24*

*zweiklassige Abteilungen 20*

*Besondere Schulabteilungen*

*Einführungsklassen 14*

*Kleinklassen 14*

*Werkklassen 14*

Der **Schulrat** vor Ort hat die Aufgabe dafür zu sorgen, dass diese Zahlen eingehalten werden. Will der Schulrat die obigen Zahlen in einer Abteilung überschreiten, muss er ein Gesuch an den **Erziehungsrat** für eine Ausnahme basierend auf Artikel 14 Absatz 2 der Schulverordnung stellen: *Über die Tragbarkeit von Abteilungen, die die Höchstzahl überschreiten, entscheidet der Erziehungsrat. Er hört vorher die Schulbehörden an.*

Für die Schülerzahlen von Fachabteilungen und von Wahlfächern hat der **Erziehungsrat** zudem **Richtlinien** zu erlassen (Artikel 14, Absatz 4 SchV). Diese finden sich auf [www.ur.ch/bkd](http://www.ur.ch/bkd) (Dienste: Weisungen und Richtlinien des Erziehungsrats).

Die **Schulaufsicht** hat die Aufgabe, in den Gemeinden die Einhaltung der Zahlen von Artikel 14 zu überwachen. Stellt sie fest, dass Zahlen unter- oder überschritten werden, so hat sie dies dem Erziehungsrat zur Kenntnis zu bringen. Der Erziehungsrat hat darauf die Aufgabe auch ohne Meldung des Schulrats, aber in Rücksprache mit diesem, einen Entscheid zu fällen.

## Neuorganisation der Schulaufsicht

Die kantonale Schulaufsicht überwacht die Einhaltung der kantonalen Vorgaben. Die Organe der kantonalen Schulaufsicht arbeiten mit den Schulbehörden zusammen.

Qualitätsmanagement

Im Rahmen des schulinternen Qualitätsmanagements (Erziehungsratsbeschluss vom 5. April 2007) muss das Amt für Volksschulen

* das Schulprogramm der Schulen überprüfen und eine Rückmeldung machen,
* den Jahresbericht der Schulen hinsichtlich der bisherigen Wirkungen und der Planung beurteilen,
* den Massnahmenplan, den die Schule aus den Ergebnissen der externen Evaluation entwickeln genehmigen und die Umsetzung spätestens nach zwei Jahren überprüfen.

Das schulinterne Qualitätsmanagement wird kontinuierlich mit Einbezug der Schulen weiterentwickelt. Regelmässige Kontakte zwischen dem Amt für Volksschulen und den Schulen vor Ort sind installiert. Die Kontakte wurden erhöht und die Schriftlichkeiten verringert: Rückmeldungen auf das Schulprogramm, den Jahresbericht, den Massnahmenplan externe Evaluation erfolgen im Rahmen eines jährlichen Standortgesprächs mit der Schulleitung und einer Vertretung des Schulrats. Der Stand der Schul- und Unterrichtsentwicklung wird ebenso besprochen. Erkenntnisse beziehungsweise Auflagen aus dem Gespräch fliessen in die Planung des nächsten Schuljahrs ein.

Proaktive Aufsicht (einige Beispiele)

* Lehrbewilligungen: Das Amt für Volksschulen prüft in jedem Einzelfall, ob die Lehrpersonen, die eine Schule anstellen will, über die entsprechenden Ausbildungsabschlüsse verfügen. Es stellt Lehrbewilligungen, aber auch zeitlich befristete Lehrbewilligungen aus.
* Vorgaben in Erlassen: Beispiel Förderungsmassnahmen: Die Schulen müssen gemäss den Richtlinien zu den Förderungsmassnahmen gegenüber dem Kanton Rechenschaft ablegen über den Einsatz der Förderungsmassnahmen (IF). Das Amt für Volksschulen erhebt die Daten jährlich.
* Stundenpläne: Die Verantwortung für das korrekte Ausfüllen der Stundenpläne obliegt den Schulleitungen. Das Amt für Volksschulen kontrolliert die Stundenpläne stichprobenweise einer oder mehrerer Schulen jährlich. Einige Beispiele von Kontrollen: Einhaltung der Stundentafeln, der Blockzeiten, der Verteilung von Fächern über die Woche. Alle Stundenpläne werden jährlich bezogen auf einzelne Fragestellungen überprüft. Beispiel: Wer unterrichtet IF? Verfügen die Lehrpersonen über eine Lehrbewilligung.
* Vorgaben des Erziehungsrats: Der Erziehungsrat kann den Schulen Aufträge erteilen, die umgesetzt werden. Das Amt für Volksschulen prüft die Umsetzung. Einige Beispiele: Im Rahmen des Projektes Ernährung und Bewegung wurden die Schulen beauftragt, eine gewisse Anzahl von Massnahmen umzusetzen.

Reaktive Aufsicht

Das Amt für Volksschulen wird aktiv, wenn es im Rahmen seiner allgemeinen Tätigkeiten feststellt oder wenn ihm die Vermutung zugetragen wird, dass Schulen Vorgaben nicht richtig einhalten oder Vorgaben nicht korrekt umsetzt werden. Beispiele: Einhaltung des Lehrplans; Einsatz von Lehrmitteln; Prüfungen/Notengebung; Hausaufgaben. Eine wichtige Aufgabe dabei übernehmen die regelmässigen Standortgespräche (Abbildung 2):

Abbildung 2 Standortgespräch



# Rechte und Pflichten von Schülern und Eltern

Die Eltern sind für die Erziehung und Ausbildung ihrer Kinder erstverantwortlich. Eltern und Schule arbeiten in der Erziehung und in der Ausbildung der Schülerinnen und Schüler zusammen. Erste Kontaktstelle für Eltern ist die Klassenlehrperson beziehungsweise die Fachlehrperson. Beanstandungen zum Schulbetrieb oder zur Schulorganisation werden in erster Linie im freien Gespräch erörtert und bereinigt. Eltern (auch Schülerinnen/Schüler und die Lehrpersonen) haben das Recht, bei den Schulinstanzen vorzusprechen, wenn sie sich durch deren Handlungen oder Unterlassungen benachteiligt oder in ihren Rechten verletzt fühlen. Beanstandungen gegen Verfügungen des Schulrats behandelt der Erziehungsrat.

## Rechte und Pflichten der Eltern

Rechte

Die Eltern haben Anspruch darauf,

* vom Schulrat, der Schulleitung und von den Lehrpersonen alle Informationen zu erhalten, die zur Erfüllung der elterlichen Rechte und Pflichten notwendig sind;
* über Lernfortschritte sowie das Arbeits- und Sozialverhalten des Kindes informiert zu werden;
* in die bewerteten Leistungen des Kindes Einblick zu nehmen;
* Einzelgespräche mit der Lehrperson zu führen;
* nach Absprache mit der Lehrperson Einblick in den Unterricht zu nehmen;
* bei Massnahmen für das Kind an den Entscheiden teilzunehmen, angehört zu werden, das Einverständnis zu geben oder selber Gesuche einzureichen (je nach Massnahme oder Förderungsart);
* über Schulversuche und Reformen rechtzeitig informiert zu werden;
* über Schulausfälle frühzeitig informiert zu werden;
* während der obligatorischen Schulzeit in der Regel zumindest zu einer Elternzusammenkunft pro Schuljahr eingeladen zu werden;
* direkt oder über ihre Vereinigungen zu Rechtserlassen und Entwicklungen im Schulbereich, die für sie von besonderem Interesse sind, angehört zu werden;
* bei den Schulinstanzen vorzusprechen, wenn sie sich durch deren Handlungen und Erlasse benachteiligt oder in den Rechten verletzt fühlen;
* von den Schulinstanzen eine anfechtbare Verfügung zu erhalten.

Pflichten

Die Eltern sind verpflichtet,

* ihr Kind zur Erfüllung der Schulpflicht anzuhalten;
* für vorgesehene Beurlaubungen frühzeitig um Bewilligung nachzusuchen sowie der Lehrperson eine Selbstdispensation vorgängig anzuzeigen und für Absenzen unverzüglich den Grund mitzuteilen;
* die gesetzlichen Bestimmungen über das Schulwesen zu befolgen;
* mit der Schule und den Schuldiensten zusammenzuarbeiten;
* die Zeugnisse des Kindes einzusehen und zu unterzeichnen;
* der Einladung der Lehrpersonen zu Beurteilungsgesprächen nachzukommen.

## Rechte und Pflichten der Schülerinnen und Schüler

Rechte

Die Schülerinnen und Schüler haben das Recht,

* eine Ausbildung und Erziehung zu erhalten, die ihren Fähigkeiten entspricht;
* mindestens ein Jahr den Kindergarten besuchen zu können;
* auf dieselben Ausbildungsmöglichkeiten für Mädchen und Knaben;
* auf wöchentlich mindestens zwei freie halbe Schultage oder auf einen ganzen schulfreien Tag;
* auf geeignete Förderungsmassnahmen bei körperlichen, geistigen und psychischen Defiziten und Schwierigkeiten;
* die Schuldienste zu beanspruchen;
* gerecht beurteilt und behandelt zu werden sowie im Rahmen der Promotionsordnung und des Übertrittsverfahrens den Schultyp frei zu wählen;
* ihre Persönlichkeit frei und menschenwürdig entfalten zu können;
* dass ihre Privatsphäre gewahrt bleibt;
* im Schulalltag angemessen mitreden zu können.

Pflichten

Die Schülerinnen und Schüler sind verpflichtet,

* den Unterricht regelmässig zu besuchen;
* die obligatorischen Fächer und die selbst gewählten Freifächer sowie die obligatorischen Schulanlässe zu besuchen;
* aktiv mitzuarbeiten und den Weisungen der Lehrpersonen sowie den schulhausinternen Vorschriften nachzukommen;
* den Mitschülerinnen und Mitschülern sowie den Lehrpersonen und weiteren im Schulbetrieb tätigen Personen mit Achtung und Wertschätzung zu begegnen;
* mit fremdem Eigentum sorgfältig umzugehen.

# Disziplinarmassnahmen

## Rechtliche Grundlagen

Die Disziplinarmassnahmen sind in Schulgesetz und Schulverordnung wie folgt geregelt:

Bildungsgesetz (RB 10.1111)

Im Bildungsgesetz wird der Grundsatz festgehalten.

Artikel 20 Vorzeitige Entlassung

Lernende, die wenigstens neun Schuljahre abgeschlossen haben, können vom Schulrat aus wichtigen Gründen vorzeitig aus der Schulpflicht entlassen werden. Bei seinem Entscheid zieht er die Eltern und Sachverständige bei.

Artikel 45 Disziplinarmassnahmen

1 Gegen Lernende, deren Verhalten zu Beanstandungen Anlass gibt, können erzieherisch sinnvolle Disziplinarmassnahmen angeordnet werden.

2 Die schwerste Disziplinarmassnahme ist der Ausschluss aus der Schule. Während der ersten neun Jahre der obligatorischen Schulzeit ist der Ausschluss aus der Schule mit der Anordnung einer anderen geeigneten Schulung oder erzieherisch sinnvollen Massnahme zu verbinden.

3 Der Landrat regelt durch Verordnung die Massnahmen, die Zuständigkeit und das Verfahren in Disziplinarfragen.

***Schulverordnung (RB 10.1115)***

In der Schulverordnung ist geregelt, wer für welche Massnahme zuständig ist.

Artikel 35 Disziplinarmassnahmen (Art. 51 SchG)

1 *Gegen Schülerinnen und Schüler, die schuldhaft die gesetzlich geregelte Schulordnung verletzen oder den Schulbetrieb auf andere Weise untragbar stören, können Disziplinarmassnahmen getroffen werden.*

2 *Alle Disziplinarmassnahmen müssen erzieherischen Charakter haben.*

3 *Die Lehrperson ist für folgende Disziplinarmassnahmen zuständig:*

a) *Ermahnung der Schülerin oder des Schülers;*

b) *mündliche oder schriftliche Verwarnung der Schülerin oder des Schülers;*

c) *zusätzliche sinnvolle Arbeit;*

d) *Zurückbehalten nach dem Unterricht unter Aufsicht der Lehrperson und nach Orientierung der Eltern;*

e) *kurzzeitige Wegweisung vom Unterricht mit Verbleib im Schulhaus;*

f) *Ausschluss aus laufenden besonderen Schulveranstaltungen wie insbesondere Lagern oder Projektwochen.*

4 *Die Schulleitung trifft folgende Disziplinarmassnahmen:*

a) *schriftliche Verwarnung zuhanden der Eltern;*

b) *Androhung eines Antrags an den Schulrat, eine weitere Disziplinarmassnahme zu treffen.*

5 *Der Schulrat ist für folgende Disziplinarmassnahmen zuständig:*

a) *Verweis;*

b) *zeitweiser Ausschluss aus der Schule;*

c) *endgültiger Ausschluss aus der Schule.*

6 *Die Schulleitung und die Lehrperson treffen die Disziplinarmassnahmen, nachdem sie die betroffenen Schülerinnen oder Schüler über den Grund für die Disziplinarmassnahme und über deren Notwendigkeit aufgeklärt haben. Ihre Anordnungen sind endgültig.*

7 *Disziplinarmassnahmen, die der Schulrat trifft, richten sich nach den Bestimmungen über den Rechtsschutz.*

8 *Der Erziehungsrat kann ergänzende Vorschriften erlassen.*

## Verfahren bei der Anordnung Disziplinarmassnahmen durch den Schulrat

Dabei geht es um folgende Disziplinarmassnahmen:

Verweis, zeitweiser Schulausschluss, endgültiger Schulausschluss

Mögliches Vorgehen

1. Wiederholter schuldhafter Verstoss gegen Schulordnung durch die Schülerin oder den Schüler (Anordnung weniger schwerwiegender Massnahmen ist erfolgt, war aber bisher wirkungslos).
2. Erneuter schuldhafter Verstoss gegen die Schulordnung durch die Schülerin oder den Schüler.
3. Vorwarnung / Ultimatum
4. Empfehlenswert = eingeschriebener Brief; dies gilt nicht als Disziplinarmassnahme oder Verfügung.
5. Eine Vorwarnung / ein Ultimatum kann nicht angefochten werden, da dieses nicht als Disziplinarmassnahme oder Verfügung gilt, sondern notwendige Voraussetzung für die Anordnung einer schwerwiegenden Massnahme darstellt.
6. Gewährung des rechtlichen Gehörs durch den Schulrat.
7. Anordnung der Disziplinarmassnahme.

Zu beachten:

* Formvorschrift: Verfügungsform (Art. 19 VRPV[[3]](#footnote-3))
* Die Anfechtbarkeit ist gegeben (Rechtsschutz nach Artikel 66 BilG)
* Die Vorwarnung / das Ultimatum kann auch mit dem schulrätlichen Verweis verbunden werden. Es gilt aber zu beachten, dass der Verweis von der Vorwarnung / dem Ultimatum abzugrenzen ist. Dies bedeutet, dass in einem solchen Falle nur der Verweis anfechtbar ist, nicht aber die Vorwarnung / das Ultimatum.

Im Zusammenhang mit diesen Disziplinarmassnahmen gilt es Folgendes zu beachten:

Gemäss Lehre und Rechtsprechung darf der Schulausschluss erst angeordnet werden, wenn weniger weitgehende Massnahmen, verbunden mit der Androhung des Ausschlusses nicht genügt haben. Mit andern Worten: Der Schulausschluss kommt nur bei schwerwiegender und/oder andauernder Verletzung der Schulordnung in Frage; und selbst dann erst, wenn mildere Disziplinarmassnahmen wirkungslos geblieben sind.

Eine vorhergehende Vorwarnung muss ausgesprochen werden, auch wenn das ein­schlägige Disziplinarrecht das Ultimatum nicht kennt.

Den sofortigen Ausschluss, d. h. den Schulausschluss ohne vorhergehende Vorwarnung, kann die Schule nur beschliessen, wenn ihr der weitere Verbleib der Schülerin oder des Schülers nicht mehr zumutbar ist, weil sie beispielsweise eine schwere Störung des Schulbetriebs oder eine Nachahmung durch andere befürchten muss (Vergleiche zum Ganzen: Herbert Plotke, Schweizerisches Schulrecht, Hauptverlag 2003, S. 412 ff).

Die Anordnung des Schulausschlusses muss in Form einer anfechtbaren Verfügung ergehen (Art. 35 Abs. 7 SchV). Vor Erlass einer solchen Wegweisungsverfügung ist den Betroffenen das rechtliche Gehör zu gewähren.

Was, wenn Eltern Verwaltungsbeschwerde erheben?

Grundsätzlich gilt, dass die Verwaltungsbeschwerde eine aufschiebende Wirkung hat (siehe weiter unten). Dies bedeutet, dass die angeordnete Massnahme erst dann greift, wenn die Beschwerde vom Erziehungsrat behandelt wurde. Es gilt deshalb der nachfolgende Ablauf:

1. Anordnung durch den Schulrat
2. Verwaltungsbeschwerde an den Erziehungsrat
3. Verwaltungsbeschwerde hat grundsätzlich aufschiebende Wirkung.
* Der Schüler/die Schülerin darf während des ganzen Beschwerdeverfahrens weiterhin zur Schule.
* Der Schulrat kann aus wichtigen Gründen der Verwaltungsbeschwerde die aufschiebende Wirkung entziehen (Art. 50 Abs. 1 VRPV). Die Anforderungen an Vorliegen wichtiger Gründe sind hoch angelegt.
* Der Erziehungsrat kann als vorsorgliche Massnahme verfügen, dass die Schülerin/der Schüler bereits vor dem Beschwerdeentscheid vorläufig vom Schulbesuch dispensiert wird.

oder

1. Anordnung eines Schulausschlusses durch den Schulrat.
2. Während der Rechtsmittelfrist darf die Schülerin, der Schüler weiterhin zur Schule.
3. Unbenützter Ablauf der Rechtsmittelfrist; keine Verwaltungsbeschwerde der sorgeberechtigten Eltern an den Erziehungsrat.
4. Anordnung des Schulausschlusses erwächst nach unbenütztem Ablauf der Rechtsmittelfrist von 20 Tagen Rechtskraft (Art. 48 Abs. 1 VRPV), sobald kein ordentliches Rechtsmittel mehr erhoben werden kann.
5. Angeordneter Schulausschluss kann unmittelbar danach vollzogen werden.

## Ablaufverfahren bei Disziplinschwierigkeiten

Es ist notwendig, dass sich die einzelnen Schulen als Ganzes mit der Frage des Verhaltens der Schülerinnen und Schüler (Erwartungen, gegenseitiger Respekt etc.) im Schulzimmer und an der Schule auseinandersetzen und einen von allen getragenen gemeinsamen Rahmen setzen. Dazu gehört auch die Auseinandersetzung mit der Frage, was geschieht, wenn sich einzelne Kinder oder Jugendliche nicht an Abmachungen und Regelungen halten.

Der folgende Ablauf zeigt die einzelnen Schritte bei Disziplinarmassnahmen. Grundlage für alle Schritte bildet das Schulgesetz bzw. die Schulverordnung:

1. Gespräch der Lehrperson mit dem Schüler, der Schülerin.
(Abmachungen festhalten)
2. Gespräch der Lehrperson mit den Eltern und dem Schüler, der Schülerin.
(Abmachungen festhalten)
3. Gespräch der Schulleitung / des Schulrates mit den Eltern des Schülers oder der Schülerin und der Lehrperson.
(Abmachungen festhalten)
4. Schulrat trifft Entscheidungen gemäss Schulgesetz:
* Verweis
* zeitweiser Ausschluss aus der Schule
* endgültiger Ausschluss aus der Schule

# Urlaub und Absenzen

Mit Urlaubs- und Absenzenfragen müssen sich die Lehrpersonen, Schulleitungen und Schulbehörden oft befassen. Bei den verschiedenen Fragen stellt sich oft auch die Frage, ob mit einer Bewilligung Präjudizien geschaffen werden. Es ist deshalb wichtig, dass diese Fragen auch unter diesem Aspekt betrachtet.

Rechtliche Grundlagen für Urlaub und Absenzen bilden Artikel 25 der Schulverordnung (RB 10.1115) sowie das darauf abgestützte erziehungsrätliche Reglement über die Absenzen und Beurlaubungen für Schülerinnen und Schüler.

Es lohnt sich, dieses (recht kurze) Reglement bei Gelegenheit durchzugehen. Einige der behandelten Themen: Schuljahresanfang, Alpzeit, Begabtenförderung, Religiöse Feiertage, Dispensation vom Französischunterricht, Selbstdispensation.

**Schulverordnung** (RB 10.1115)

Artikel 25Beurlaubung (Art. 28 ff. SchG)

1   Als Beurlaubung gilt die bewilligte Abwesenheit von der Schule von mindestens einem Schul-
 halbtag.

2   Beurlaubungsgesuche sind zu begründen und den Lehrpersonen frühzeitig einzureichen. Jede
 Lehrperson führt Kontrolle über die Beurlaubungen.

3   Zuständig, Beurlaubung zu erteilen, sind:

a)  die Lehrperson für höchstens sechs Schulhalbtage pro Schuljahr;

b)  der Schulrat für mehr als sechs Schulhalbtage pro Schuljahr. Der Schulrat kann diese Kompetenz ganz oder teilweise an das Schulratspräsidium, an einzelne Mitglieder des Schulrates oder an die Schulleitung delegieren.

4   Der Schulrat kann zudem eine Selbstdispensation durch die Eltern beschliessen, jedoch höchst-
 ens vier Schulhalbtage pro Schuljahr.

**Reglement über die Absenzen und Beurlaubungen für Schülerinnen und Schüler** (RB 10.1467)

Artikel 7Befreiung vom Besuch einzelner Unterrichtsfächer

a) im Allgemeinen

1   Über die Befreiung vom Besuch einzelner Unterrichtsfächer aus wichtigen Gründen entscheiden:

a)  die zuständige Lehrperson, wenn die Befreiung längstens sechs Monate dauert;

b)  der Schulrat, in den übrigen Fällen.

2   Die Eltern legen dem Gesuch die zur Prüfung notwendigen Unterlagen bei Artikel 2 Absatz 3 gilt
 sinngemäss.

3   Die Befreiung ist zu befristen; sie wird in der Regel höchstens für die Dauer des laufenden Schul-
 jahres bewilligt.

Artikel 9Weitere Fälle

1   Die Beurlaubung wird bewilligt:

a)  bei voraussehbaren, dringenden persönlichen und familiären Angelegenheiten;

b)  bei Erkrankung eines Elternteils, wenn die Mithilfe zu Hause unentbehrlich ist;

c)  bei ansteckenden Krankheiten von Personen, die im gleichen Haushalt wohnen.

2   Für Langzeitbeurlaubungen schliessen die Eltern mit dem Schulrat eine schriftliche Vereinbarung
 ab.

Artikel 10Verfahren

1   Die Eltern reichen der zuständigen Lehrperson frühzeitig ein schriftliches Beurlaubungsgesuch
 ein und begründen es.

2   Die zuständige Lehrperson beziehungsweise der Schulrat teilt den Eltern den Entscheid schrift-
 lich mit.

3   Jede Lehrperson führt Kontrolle über die erteilten Beurlaubungen und trägt sie als entschuldigte
 Abwesenheit ins Zeugnis ein.

BILDUNGS- UND KULTURDIREKTION
Direktionssekretariat

1. **V** bedeutet: **Verantwortung**: Die bezeichnete Instanz trägt die Verantwortung für den genannten Bereich. [↑](#footnote-ref-1)
2. **V** bedeutet: **Verantwortung**: Die bezeichnete Instanz trägt die Verantwortung für den genannten Bereich. [↑](#footnote-ref-2)
3. Verordnung über die Verwaltungsrechtspflege (RB 2.2345) [↑](#footnote-ref-3)